

Sitzungsperiode 2022-2023
Sitzung des Ausschusses IV vom 10. Mai 2023

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 1335 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Hilfe für Frauen in Not**

Im Monat April hat sich nach eigenem Bekunden eine junge Mutter mit zwei Kindern nach Umständen häuslicher Gewalt und nach in ihren Augen unzumutbaren Zuständen hilfesuchend an die Organisation Prisma gewandt, um aus ihrer Situation herauszukommen.

Es hätte – so teilte mir die Betroffene mit – Tage gedauert, ohne dass jemand während der üblichen Öffnungszeiten erreichbar gewesen sei. Es habe keine Beratung oder Hilfe zur Problemlösung gegeben.

Hierzu meine Fragen:

1. Hat die Erreichbarkeit von Prisma womöglich wegen des Umzugs gelitten?
2. Wie schätzt die Regierung den Bedarf an Hilfeanfragen von Frauen vor dem Hintergrund häuslicher Gewalt resp. unzumutbarer Zustände in Ostbelgien ein?
3. Brauchen Organisationen, die sich um hilfesuchende Frauen kümmern, mehr Personal, um das Dienstleistungsangebot zufriedenstellend anbieten zu können?

- **Frage Nr. 1336 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Einstellung von Rentnern und Studenten zu steuerlich begünstigten Konditionen im Pflegebereich**

Im Herbst vergangenen Jahres ergriff der föderale Gesundheitsminister Frank Vandenbrouke eine Reihe von Maßnahmen, um dem durch die Pandemie noch verstärkten akuten Fachkräftemangel in den Pflegeberufen zu begegnen.

Rückwirkend zum 1. Juli 2022 wurde föderal beschlossen, dass sowohl Rentner als auch Studenten zu steuerlich begünstigten Konditionen im Pflegebereich eingestellt werden dürfen. So werden die Einkünfte, welche Rentner aus einer Tätigkeit in einer Pflegeeinrichtung erhalten, getrennt von ihrer Rente zu einem festgelegten Satz von 33% versteuert. Somit haben diese zusätzlichen Einkünfte keinen Einfluss auf die normale Rente. Für Studenten, die in einer Pflegeeinrichtung arbeiten, wurde die übliche Obergrenze von 475 Stunden Arbeit pro Jahr ausgesetzt. Die Höhe ihrer Einkünfte aus dieser Tätigkeit nimmt ebenfalls keinen Einfluss auf ihren Status einer „Person zu Lasten“.

In Belgien arbeiten aktuell 1665 Rentner in der Pflege im Rahmen dieser Maßnahmen. Laut Grenzecho vom 19. April 2023 wurde diese Maßnahme für Rentner verlängert, jedoch nicht für Studenten und Freiwillige.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

1. Haben die von Frank Vandenbrouke getroffenen Maßnahmen den Pflegeeinrichtungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geholfen den Personalnotstand zu mindern?
2. Welche Auswirkungen hat die Nichtverlängerung der Maßnahme bezüglich der erweiterten Beschäftigung von Studenten für die Pflegeeinrichtungen der DG?

• **Frage Nr. 1337 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur grenzüberschreitenden Kooperation zwischen ostbelgischen und rheinland-pfälzischen Krankenhäusern**

Ende vergangener Woche war die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer Gast der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Das Gespräch wurde vor allem von Kooperationsprojekten dominiert.

Als gelungenes Beispiel wurde u.a. die Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern Prüm und St. Vith hervorgehoben.

"Das ist etwas ganz Konkretes, wo die Gesundheitsversorgung voneinander profitiert und für die Menschen ein Mehrwert entsteht", erklärte Malu Dreyer der Presse gegenüber.

Hierzu meine Fragen:

1. Ist die Zusammenarbeit des Eupener Krankenhauses und denen der Regio Aachen auf einem ähnlich hohen Niveau anzusiedeln?
2. In welchen Bereichen können diese Krankenhäuser von der Kooperation der genannten Eifeler Krankenhäuser lernen?
3. Wie lange wird die Bevölkerung des Nordens der DG noch auf die Kooperation mit den Aachener Krankenhäusern in Sachen Entbindungen angewiesen sein?

• **Frage Nr. 1338 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Zusammenarbeit Rheinland-Pfalz – Kindergeld**

Vergangene Woche war die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz in Ostbelgien zu Gast. Beim Besuch ging es um die Zusammenarbeit der Regionen.

In der Presse heißt es « Die neue Zusammenarbeit solle alle Kompetenzbereiche der DG abdecken. Das betrifft dann so unterschiedliche Bereiche wie die Gesundheit, das Kindergeld, die Raumordnung, den Wohnungsbau, die Digitalisierung, Teile der Energiepolitik. In all diesen Bereichen möchten wir auch mit Rheinland-Pfalz noch enger zusammenarbeiten."

Dazu meine Fragen:

Wie soll die neue Zusammenarbeit bezüglich des Kindergeldes aussehen?

• **Frage Nr. 1339 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Aufklärung Investitionsbetrug**

In der Plenarsitzung vom 24. Februar ging ich im Rahmen einer aktuellen Frage auf einen möglichen Krypto-Betrug in Ostbelgien ein.

Am 04. März berichtete das Grenz-Echo, dass die Staatsanwaltschaft habe bestätigt habe, dass mittlerweile eine Akte eröffnet worden sei und es sich rechtlich um eine Grauzone handle. Es gebe Verdachtsmomente, dass Gesetzesverstöße vorlägen, und diese beschränken sich nicht auf Betrug. Folgende Fragen müssen geklärt werden: Was war genau

Praxis? Was wurde genau gemacht und verstößt das gegen Gesetze? Die Staatsanwaltschaft braucht klare Aussagen von Geschädigten.¹

Inzwischen geben die Staatsanwaltschaft Eupen, die föderale Kriminalpolizei, sowie die Polizeizonen Eifel und Weser-Göhl geben Tipps in Sachen Cyberkriminalität.

So ist etwa auf der Webseite der Polizeizone Weser-Göhl folgendes zu lesen: « Worum geht es beim Investitionsbetrug?

Investitionsbetrug im Internet ist ein wachsendes Problem in der heutigen digitalen Welt, insbesondere im Bereich der Kryptowährung und des Forex-Handels (Profit aus Wechselkursen der verschiedenen Währungen). Betrüger nutzen die Anonymität des Internets, um ahnungslose Opfer zu täuschen und ihr Geld zu stehlen. Oft versprechen sie unrealistisch hohe Renditen oder nutzen die Namen von bekannten Persönlichkeiten, um das Vertrauen der Investoren zu gewinnen. Ihre Internetportale sehen dabei sehr professionell aus, wobei aber nicht immer ganz klar hervorgeht, wo sich der Sitz der Firma eigentlich befindet.

Es gibt einige spezifische Warnzeichen, auf die man achten sollte, wenn man in Kryptowährungen oder Forex investiert. Zum Beispiel sollten hohe Renditen mit Vorsicht betrachtet werden, da sie oft zu schön sind, um wahr zu sein. Ein weiteres Warnsignal ist die fehlende Regulierung. Wenn eine Plattform oder ein Broker nicht reguliert ist, sollte man die Finger davonlassen. Das Risiko, sein Geld zu verlieren ist zu hoch.

Ratschläge, wie man sich vor einem Betrug schützen kann:

Um sich vor Online-Investitionsbetrug zu schützen, ist es wichtig, vorsichtig zu sein und immer gründliche Recherchen durchzuführen, bevor man Geld investiert. Man sollte niemals impulsiv handeln oder sich unter Druck setzen lassen, sondern sich Zeit nehmen, um die Details eines Angebots zu prüfen. Es ist auch ratsam, die Erfahrungen anderer Investoren zu recherchieren und nach Warnungen von Regulierungsbehörden Ausschau zu halten.

Insgesamt sollte man sehr vorsichtig und aufmerksam sein, bevor man sich auf Investitionen im Internet einlässt. »²

Während die Staatsanwaltschaft um verlässliche Aussagen bittet und zusammen mit den Polizeizonen Tipps gibt, ist auf der Internetseite des Verbraucherschutzzentrale zu diesem Thema immer noch Nichts zu finden.

Dazu meine Fragen:

1. Wird die Verbraucherschutzzentrale sich des Themas noch annehmen?
2. Wie bewerten Sie, dass dies immer noch nicht der Fall ist?

• **Frage Nr. 1340 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Biorhythmus von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf Bildschirmzeiten**

Bildschirme gehören zu unserem Alltag dazu und ich bin froh, dass unsere Kinder in den Kindergärten und Schulen zu einem vernünftigen und bewussten Umgang mit ihnen animiert werden.

Wir sind aber keine Maschinen. Das heißt, dass wir mehr benötigen als das Wissen darum, wie die Geräte zu nutzen sind. Vor allem was unsere Heranwachsenden angeht, wissen die

¹ https://www.grenzecho.net/87081/artikel/2023-03-04/staatsanwaltschaft-bittet-um-mithilfe-bei-ermittlungen-zu-marketpeak?fbclid=IwAR2VMbhqga5HfRfjegWVZ18-zlRfGUUmjReg3FFZ9J9s36kvM_2Wc4KxyDY

² <https://wesgo.be/site/index.php/aktuelles/241-investitionsbetrug-und-das-ganze-geld-ist-ploetzlich-weg>

meisten von uns, dass die Bildschirmzeit, d. h. wann und wie lange geschaut wird, und die Qualität dessen, was angeschaut wird, eine große Rolle spielen.

Im RTBF-Interview spricht Neurologin und Neuropsychiaterin Dr. Catherine Gillain u. a. über die Schlafstörungen von Kindern und den daraus entstehenden Schlafmangel bedingt durch Bildschirmkonsum. Es geht darum, den Biorhythmus und die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu beachten. Hier braucht es Aufklärung und Prävention.

Diese Tatsachen sowie Zahlen aus anderen Ländern (z. B. aus Deutschland) bringen mich dazu, Ihnen als Minister für Gesundheitsprävention folgende Fragen zu stellen:

1. Welche Zahlen gibt es in der DG über die Bildschirmzeit bei jungen Menschen?
2. Wie hat die DG vor, zu sensibilisieren?
3. Welche Angebote zur Unterstützung von Eltern in dieser Sache finden Sie als Minister für Gesundheitsprävention wichtig?

• **Frage Nr. 1341 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur Hotline für Impfgeschädigte**

Laut Aerzteblatt vom 4. April 2023 wurde kürzlich vom Bayrischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit eine Hotline für Coronaimpfschäden eingerichtet.³ Schon am ersten Tag sei man völlig überlastet gewesen und habe nur zirka 30 % der Anrufe behandeln können. Die Schichten sollen nun personell verstärkt werden.

Die Post-vac-Hotline biete keine individuelle medizinische Beratung, sie solle eine Lotsenfunktion für allgemeine Informationen haben.

Laut Ministeriumssprecherin haben vor allem Bürger mit großem Leidensdruck auf Grund einer langen Krankheitsgeschichte mit zum Teil ausgeprägter Symptomatik und schweren Verläufen angerufen.

Auch das Universitätsklinikum Marburg, welches als Anlaufstelle für Menschen mit schweren Impfnebenwirkungen und Long Covid gilt, wird mit Anfragen überhäuft. Hier stehen, laut Aerzteblatt vom 3. April 2023, etwa 7000 Personen auf der Warteliste.⁴

Es ist inzwischen bekannt, dass es auch in Ostbelgien Menschen mit Nebenwirkungen der Covid-Impfung gibt.

Meine Frage an Sie in Ihrer Funktion als Gesundheitsminister der DG, der für die Prävention zuständig ist:

Gibt es seitens der Regierung Pläne, auch in Ostbelgien eine solche Hotline einzurichten?

³ <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/sw/covid-19?s=&p=1&n=1&nid=142219>

⁴ <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/sw/covid-19?s=&p=1&n=1&nid=142190>